Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 314 — Jahrgang 214

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 1.45, vierteljährlich Mk. 22.50 ins Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postbestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 13. Juli

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 6,00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Valutakredit aus Holland

150 Millionen Goldmark-Kredit

w. Berlin, 12. Juli.

Die Reichsbank teilt uns mit, daß es ihr gelungen sei, durch Vermittlung des Hauses Mendelssohn u. Co. in Amsterdam sich einen Kredit von 150 Millionen Goldmark zu beschaffen, und daß Verhandlungen über weitere Kredite gleicher Art schweben. Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen werden durch diese Kreditoperationen so ergänzt, daß die Erfüllung der am 15. August fälligen Reparationsverpflichtungen als gesichert anzusehen ist. Weitere Reparationszahlungen sind alsdann während des Jahres 1921 in Devisen nicht mehr zu leisten.

Frankreichs Kontrolle

w. Paris, 12. Juli.

In der Nachmittagssitzung der Kammer führte der Abgeordnete André Lefèvre über die Aufgabe der Kontrollkommission über die Entwaffnung Deutschlands aus: Die deutschen Truppen (?) nach Oberschlesien waren ausreichend bewaffnet. Die deutsche Regierung habe alles für die Organisation der Armee Höfers getan. Es werde gesagt, die Kommission Nollets habe ihre Rolle erfüllt. Dem stehe die Tatsache gegenüber, daß die deutsche Regierung imstande sei, von heute auf morgen Korps von 40 000 Mann aufzustellen.

Bei der Besprechung der Organisation des Freikorps Höfer sagte Lefèvre, er zweifle nicht an der Aufrichtigkeit des Reichskanzlers, wohl aber an seiner Macht. Er spricht alsdann des näheren von der Volksstimmung in Oberschlesien und betont, er sehe nicht ein, warum man überhaupt zu der Abstimmung geschritten sei. Er befürchte, daß bei der Teilung Oberschlesiens den Polen der wichtige Bahnhof Gleiwitz geraubt werde. Deshalb hoffe er, daß man der Kommission Nollet erklären werde, daß sie ihre hochwichtige Tätigkeit fortsetze zur Sicherheit aller Alliierten. Der Franzose wolle keine Handbreit deutschen Gebietes, erglaube jedoch, daß man im Falle einer neuen deutschen Verfehlung das Ruhrgebiet besetzen müsse. Die Besetzung sei nicht eine Annexion oder Okkupation, sie sei eine einfache Sicherheitshandlung. Und wenn Frankreich das Ruhrgebiet besetze, kontrolliere es die Kohlen, und wenn es die Kohlen kontrolliere, verhindere es Deutschland, Krieg zu führen. Lefèvre äußert schließlich seine Befriedigung darüber, daß Briand am Vormittage den Gedanken einer Besetzung des Ruhrgebietes nicht vollkommen aufgegeben habe. Briand erklärt, er vertraue auf Foch, Weygand und General Nollet; er habe greifbare Ergebnisse erzielt, ihre Aufgabe sei aber noch nicht beendet. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland könnten so lange nicht normal werden, als diese Nation von Revanchegedanken geleitet werde. Deshalb bestehe für jede französische Regierung die Notwendigkeit, die Augen offen zu halten. Eine Besetzung des Ruhrgebietes hält Briand für unnötig. Er fragt, ob Deutschland das Ruhrgebiet in Kriegszeiten ausbeuten könne, wenn die französischen Truppen dastünden, wo sie jetzt seien. Es hänge nur von Deutschland ab, daß diese Sanktionen nicht mehr in Geltung blieben. Bisher habe man einen Beweis der größten Mäßigung gegeben. Es handelte sich darum, ob Deutschland Wort halten könne. Briand spricht sich nochmals in dem Sinne wie am Vormittag über die oberschlesische Frage aus und fragt schließlich, wenn Deutschland immer ein Element der Beunruhigung in der Welt bleibe, dann habe Frankreich in seiner Stellung, seinem Willen und Patriotismus die Kraft, die es brauche. Ein Land, das sich in diesen Verhältnissen befinde, könne sicher in die Zukunft blicken.

Oberschlesien und der Oberste Rat

Wie das „Echo de Paris" mitteilt, wird die französische Regierung der englischen vorschlagen, in wenigen Tagen, und zwar gegen den 25. Juli den Obersten Rat entweder nach Boulogne oder nach Paris zusammenberufen. Die aus Oberschlesien erhaltenen Nachrichten hätten die Hoffnung zerstreut, daß die alliierten Kommissare sich über einen gemeinsamen Grenzvorschlag einigen könnten. Man glaubt deshalb in Paris, es sei das beste für die alliierten Regierungen, das Problem sobald wie möglich zu behandeln und nicht mehr den Versuch zu machen, es durch eine Sachverständigenkonferenz zu lösen, wie Lord Curzon und Briand während ihrer Pariser Beratung geplant hätten.

*

Auf eine Anfrage sagte Lloyd George im Unterhause, man hoffe, daß betreffs der Zukunft Oberschlesiens auf der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates die Lösung gefunden werde. Das Datum dieser Konferenz sei noch nicht festgesetzt.

Preußischer Landtag

w. Berlin, 12. Juli.

Der Gesetzentwurf über die Aenderung des Dienstenkommengesetzes der Volksschullehrer und Lehrerinnen (Anrechnung der Gartennutzung auf das Grundgehalt) wird zugleich mit den Ausführungsbestimmungen dem Ausschuß für Beamtenangelegenheiten überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Bereitstellung von 300 Millionen Mark zur Förderung der Ansiedler.

Abg. Braun (Soz.) stimmt der Vorlage zu, hält aber die vorgesehene Summe nicht für ausreichend. Er beantragt, die Vorlage dem Siedlungsausschuß zu überweisen.

Abg. Weißermel (Dtn.) ist mit der Vorlage einverstanden und stimmt ihrer Ueberweisung an den Siedlungsausschuß zu.

Abg. Freund (U. S.): Die Vorlage kann den Ansiedlern keine wirksame Hilfe bringen. Wir stimmen ihr zwar zu, hätten aber lieber den vierfachen Betrag bewilligt.

Abg. Schulz (Komm.): Wir werden in der zweiten Lesung den ganzen Siedlungsschwindel in seiner vollen Niedertracht aufdecken. (Gelächter.) — Die Vorlage geht an den Siedlungsausschuß.

Dann wird die Novelle zum Berggesetz in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen, ebenso der Entwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Witten. Der Gesetzentwurf über die Reisekosten und Aufwandsentschädigung der Staatsratsmitglieder wird dem Hauptausschuß überwiesen. Der Ausschußantrag auf Milderung der Wohnungsnot durch Förderung der Neubautätigkeit wird angenommen.

Abg. Hoff (Dem.) begründet dann eine Interpellation seiner Freunde, die sich

gegen den Entwurf des neuen Reichsschulgesetzes

wendet. Dieser Entwurf mache die Schule zum Kampfplatz der Konfessionen und finde den einmütigen Widerspruch der berufenen Vertreter der Lehrerschaft.

Abg. Holz (U. S.) begründet in Verbindung damit einen Antrag seiner Fraktion auf Entfernung des Religionsunterrichts aus den Schulen. Der Reichsschulgesetzentwurf wolle die Schule und damit das Proletariat der Kirche und dem Kapitalismus ausliefern.

Kultusminister Dr. Becker: Der Entwurf ist ein Kompromiß, das naturgemäß auf keine Seite volle Zufriedenheit auslöse. Die Mängel der Vorlage sind verschuldet durch die Mängel des ursprünglichen Schulkompromisses. (Sehr wahr!) Der Reichsentwurf kann zwar nicht die Ansprüche an ein Schulgesetz des deutschen Volkes befriedigen, aber er biete eine brauchbare Diskussionsgrundlage. Wir brauchen jetzt eine Notlösung der vorhandenen Schwierigkeiten. Ich werde nicht meine Land dazu bieten, die Einheitsschulen in Zwergschulen zersplittern zu lassen. Unsere Volksschullehrerschaft wird sich ihre Schulen nicht zerschlagen lassen. (Beifall.)

Abg. König-Swinemünde (Soz.): Die Schule muß einheitlich geleitet sein und darf nicht abhängig gemacht werden von den verschiedenen Weltanschauungen der Eltern. Durch den Reichsschulgesetzentwurf wird die staatliche Aufsicht illusorisch. Die scharf ausgeprägte Bekenntnisschule wird in Zukunft die Regel sein zum Schaden der Volksbildung. Bildungsfeindliche Gesichtspunkte sind für diesen Gesetzentwurf maßgebend gewesen. Wir beantragen Ueberweisung der Interpellation an den Unterrichtsausschuß. Dem Antrag der Unabhängigen stimmen wir zu, wenn wir auch die Schwierigkeit seiner praktischen Durchführung nicht verkennen.

Abg. Oelze (Dtn.): Die Parteien, die in Weimar das Schulkompromiß gemacht haben, können sich nicht darüber beklagen, daß nun im Reichsschulgesetzentwurf der Grundgedanke dieses Kompromisses, das Elternrecht, verwirklicht wird. Die Sozialdemokraten und Demokraten als Anhänger des Mehrheitsprinzips dürften doch gegen die Uebertragung der Entscheidung an die Mehrheit der Eltern nichts einwenden. Sie sind aber nur da für das Mehrheitsprinzip, wo es ihren Zwecken dient. (Bravo! links.) Der Religionsunterricht kann von der Schule nicht getrennt werden, wenn die Erziehung nicht schaden leiden soll. Wir wollen die nationalen, christlichen, sozialen Grundsätze auch in der Schule durchsetzen. (Unruhe links, Beifall rechts.)

Abg. Meyer (Komm.): Wenn der Kultusminister seine pädagogischen Ideale gegen die parteipolitische Tendenz des Kabinetts Stegerwald nicht durchsetzen kann, so muß man fragen, wozu denn die sogenannten Fachminister nötig sind. Die Rechtssozialisten haben das Weimarer Schulkompromiß verschuldet, unter dem wir jetzt leiden. Die Deutschnationalen wollen das Volk in geistiger sklavischer Abhängigkeit erhalten von Kirche und Kapital.

Abg. Dr. Beelitz (D. Vpt.): Wir sind mit dem Reichsschulgesetzentwurf an sich auch nicht einverstanden, aber wir wollen mitarbeiten auf der Grundlage dieses Entwurfes. Wir halten fest an der Einheitsschule auf nationaler christlicher Grundlage. Dies Ideal wird aber erst verwirklicht werden, wenn unser Volk sich auf sich selbst besonnen hat.

Um 6½ Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. Außerdem: Notetat und große Anfragen.

Die Deutschnationale Volkspartei und die wichtigen Abstimmungen

In den letzten Wochen haben im Reichstag und im preußischen Landtag verschiedentlich wichtige Abstimmungen stattgefunden, die zum Nachteil der Rechten oder der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien ausgefallen sind, und zwar anscheinend bloß deshalb, weil die betreffenden Parteien am Abstimmungstage auffallend schwach besetzt waren. Diese Vorgänge haben erhebliches Aufsehen im Lande erregt. In einem Artikel der „Täglichen Rundschau" vom 5. Juli 1921 (Nr. 308) wird die Flaggen-Abstimmung vom 27. Juni einer kritischen Betrachtung unterzogen, und das Blatt kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Pflichtvergessenheit der antragstellenden Parteien geradezu als skandalös zu bezeichnen und es vielleicht nicht unangebracht sei, wenn die schuldigen Abgeordneten von ihren Wahlkreisen zur Rechenschaft gezogen würden. Aehnliche Vorwürfe sind gegen das Fehlen zahlreicher Abgeordneter der Rechten bei der am 11. Juni erfolgten Abstimmung über die Frage der Wiedereinführung der freien Wirtschaft im Verkehr mit Getreide erhoben worden. Die Mißstimmung gerade in unseren Kreisen war um so größer, weil zeitweise auch die Abwesenheit von elf Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion des Reichstages bei der Abstimmung über das Ultimatum als ein unentschuldbares Säumnis der betreffenden Abgeordneten aufgefaßt worden war.

In letzterer Beziehung ist ja nun längst festgestellt, daß bei der Ultimatums-Abstimmung ausnahmslos gewichtige Gründe das Ausbleiben der fraglichen Herren bedingt hatten, und gerade dieser Fall beweist, wie vorsichtig man bei Vorwürfen der gedachten Art sein muß. Ganz abgesehen von Krankheit, von Trauerfällen und dergleichen in der Familie, von politischen Schwierigkeiten in der Heimat und ähnlichen Gründen, durch welche regelmäßig eine größere Anzahl von Mitgliedern aller Parteien verhindert sein wird, ist die Inanspruchnahme gerade unserer Abgeordneten durch Kongresse, Veranstaltungen von Berufsverbänden und nicht zuletzt durch die sich immer mehrenden Tagungen der Parteiorganisationen, die in zunehmendem Umfange und mit außerordentlicher Dringlichkeit Mitglieder der Fraktionen zur Teilnahme an den fraglichen Sitzungen anfordern, so groß geworden, daß man sich nicht wundern kann, daß die Frequenz der Fraktionen darunter leidet. Auch darf doch nicht vergessen werden, daß die schwierigen Wirtschafts- und Haushaltsverhältnisse in den heutigen Zeiten auch eine berufliche oder aus Privatgründen erfolgende Abwesenheit der Abgeordneten während der Sitzungsdauer häufig zu einer unabweislichen Notwendigkeit machen.

Indessen soll nicht etwa das Fehlen so zahlreicher Abgeordneter, wie dies sich in den oben erwähnten Fällen leider herausgestellt hat, entschuldigt werden. Durch geeignete Maßnahmen in den Fraktionen wird vielmehr Vorkehrung getroffen werden müssen, daß sich die Nichtteilnahme der einzelnen Mitglieder an den Parlamentssitzungen und namentlich an solchen von entscheidender Bedeutung in zulässigen Grenzen hält, und wir dürfen das Vertrauen haben, daß nach dieser Richtung die Erkenntnis für dasjenige, was zu tun notwendig, in den Fraktionen durchaus vorhanden ist. Falsch aber ist es, wenn der Fall der Flaggen-Abstimmung vom Standpunkt der Schuldfrage aus betrachtet, als ein besonders krasser behandelt wird, und ebenso falsch ist es, wenn man bezüglich der Abstimmung über die freie Getreidewirtschaft die Sache so darstellt, als ob durch ein zahlreicheres Erscheinen der Rechten das Endergebnis ernstlich geändert worden wäre.

Die Abstimmung über den Antrag der bürgerlichen Parteien zur Flaggenfrage, bei der nur 119 Stimmen mit Ja, 120 mit Nein und 5 als unentschieden gezählt worden, fiel völlig unerwartet aus. Der Antrag war nicht etwa nur von einzelnen Mitgliedern der fünf nichtsozialistischen Fraktionen, sondern von deren Führern mit dem Zusatz „und Fraktion" unterschrieben. Jeder mußte annehmen, daß die Fraktionen geschlossen hinter ihren Führern stehen würden. Die fünf bürgerlichen Fraktionen zählen insgesamt 272 Mitglieder, denen auf der anderen Seite nur 197 gegenüberstehen. Es war also aller Voraussicht nach eine erhebliche Mehrheit für den Antrag bei der Abstimmung gesichert. Im allgemeinen pflegt der Besuch des Reichstags bei den verschiedenen Parteien verhältnismäßig gleich stark zu sein; und ist eine Abstimmung auf den ersten Blick etwa zweifelhaft, so läßt sich das Bureau des Hauses in seinem endgültigen Urteil naturgemäß dadurch beeinflussen, wie sich bei der Unterzeichnung des Antrages durch die Fraktionen nach der Verteilung der ihnen angehörigen Mitglieder das Bild im voraus gestellt hatte. Es wird also gewissermaßen hilfsweise nach der effektiven Stärke der Fraktionen gezählt. So durften alle Parteien annehmen, daß die Abstimmung zur Flaggenfrage, die übrigens an einem Montage, d. h. dem für den Besuch ungünstigsten Tage, vor sich ging, ihren normalen, durch die Unterschriften vorgezeichneten Verlauf nehmen würde. Es bedurfte keiner besonderen Ermahnungen und keines besonderen Pflichteifers der einzelnen Abgeord-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192107131-16/fragment/page=0001

heiten, um das erhoffte Ergebnis herbeizuführen. Uebrigens war auch zu erwarten, daß ein Teil der Rechtssozialisten jedenfalls nicht gegen den Antrag stimmen würde, da ja bekanntlich in Hamburg und in den übrigen Hansestädten auch auf sozialistischer Seite eine Strömung für die Beibehaltung der alten Reichsflagge vorhanden war.

Nun trat aber das Ueberraschende ein, daß ein nicht unerheblicher Teil der bürgerlichen Fraktionen sich abspaltete, während andererseits die Rechtssozialisten wohl infolge des Umstandes, daß namentliche Abstimmung erfolgte, geschlossen gegen den Antrag stimmten. Vom Zentrum insbesondere stimmten nur 26 Mitglieder für den Antrag, während 10 Stimmen bei einer weiteren Stimmenthaltung dagegen waren, d. h. rund 30 Prozent des Zentrums fielen von dem Antrage ab! Welche Rolle dabei der Reichskanzler gespielt hat, indem er persönlich im Hause für die Nichtzustimmung zu dem Antrage wirkte, ist aus den Zeitungen bekannt. Damit trat aber, zumal auch bei den Demokraten und bei der Bayerischen Volkspartei kleinere Abspliitterungen erfolgten, eine solche Verschiebung ein, daß, wäre sie vorher bekannt gewesen, der Antrag von vornherein als gefährdet hätte erscheinen müssen. Die Frequenz auf sozialistischer Seite war nicht wesentlich besser als die auf Seiten der bürgerlichen Parteien, nämlich rund 56 Prozent gegen 49 Prozent der Mitgliederzahlen bei den Bürgerlichen. Schuld an dem unerwünschten Ausgange der Abstimmung ist also vornehmlich der Umfall eines so großen Teiles des Zentrums bzw. die Abspliitterung bei anderen nichtsozialistischen Fraktionen, während die Nichtanwesenheit als Schuldfaktor demgegenüber zurücktritt.

Bei der Abstimmung zur Getreide-Zwangswirtschaft am 11. Juni handelte es sich um die zweite Lesung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide, dessen § 1 nach dem Antrag der Deutschen Volkspartei wie folgt gefaßt werden sollte:

„Die bisherige Zwangswirtschaft für Getreide wird mit Beginn der neuen Ernte aufgehoben und die freie Wirtschaft eingeführt."

Für den Antrag stimmten 158, gegen ihn 170 bei weiteren 3 Stimmenthaltungen und 4 ungültigen Stimmen. Es fehlten also nur 13 Stimmen zur Mehrheit. Andererseits waren allein bei den Deutschnationalen von 71 Gesamtmitgliedern im ganzen 18 einschließlich dreier kranker oder beurlaubter Mitglieder abwesend. Kein Wunder, wenn da gesagt worden ist, daß es nur der Säumnis der Fehlenden zuzuschreiben sei, daß die freie Wirtschaft nicht eingeführt wurde. In Wahrheit wäre aber durch eine dem Antrage günstige Abstimmung das erhoffte Ergebnis nicht eingetreten. Denn es handelte sich eben nur um die zweite Lesung. In der dritten Lesung wäre aber mit unbedingter Sicherheit diese Fassung des Gesetzentwurfs wieder beseitigt worden, da die sozialistische Linke zur Verhinderung der verhaßten freien Wirtschaft ihre Mitglieder mit allen erdenklichen Mitteln zur Stelle geschafft haben würde, das Zentrum aber in der 3. Lesung gleichfalls geschlossen auf die Seite der Gegner des Antrages treten mußte, um den Sturz des Reichsernährungsministers Dr. Hermes und damit eine Regierungskrisis zu verhindern. Fraglich war nur, was dann aus dem Gesetzentwurfe in der 3. Lesung wurde. Die Situation hätte in dieser Beziehung auf ein Haar derjenigen geglichen, die sich nach der Ablehnung des Antrages auf freie Wirtschaft in weiterem Verlaufe der 2. Lesung ergab, indem nach Einstellung eines Umlagebetrages von 2 Millionen Tonnen statt der ursprünglich in Aussicht genommenen 3 Millionen Tonnen im § 1 des Gesetzentwurfes am Ende dieser ganze Paragraph gestrichen und damit der Kern des Gesetzes aus ihm herausgenommen wurde. Unter diesen Umständen fiel bei der 3. Lesung entweder das Gesetz überhaupt ins Wasser, — in diesem Falle fehlte es vom 1. Juli ab an jeder gesetzlichen Vorschrift —, und es blieb dem Zentrum gar nichts anderes übrig, als mit den Sozialisten zusammen einen neuen Gesetzentwurf einzubringen, der die Zwangswirtschaft in viel härteren Formen aufrecht erhalten hätte, als es jetzt bei einer Umlage von bloß 2½ Millionen Tonnen der Fall ist. Oder aber es fand sich nachträglich noch eine Mehrheit für das Kompromiß der 2½-Millionen-Tonnen-Umlage. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich, um Schlimmeres zu verhüten, entschließen müssen, diesem Kompromiß als dem kleineren Uebel bei der Abstimmung in 3. Lesung zuzustimmen.

Es ergibt sich also, daß die Abstimmung vom 11. Juni über den Antrag der Einführung der freien Wirtschaft, auch wenn sie günstig ausgefallen wäre, nur den Charakter einer sich nicht wiederholenden Vorabstimmung gehabt haben würde. Die Frage, ob bei der Abstimmung in der 2. Lesung die Rechte hätte stärker vertreten sein müssen, ist also für das Endergebnis ganz belanglos.

Der Leipziger U-Boot-Prozeß

Leipzig, 12. Juli.

Pünktlich um 9 Uhr eröffnet Senatspräsident Dr. Schmidt die Sitzung. Er schickt der Vernehmung folgende Ausführungen voraus: „Den Angeklagten ist ja aus der Anklage bekannt, daß ihnen vorgeworfen wird, am 27. Juni 1918 an der Küste von Irland gemeinschaftlich mit dem Kapitänleutnant Patzig nach der Versenkung des Lazarettschiffes „Landovery Castle" eine unbestimmte Anzahl von englischen Offizieren, Mannschaften, Sanitätern und Pflegepersonal vorsätzlich getötet zu haben. Sie wissen, daß die Anklage behauptet, daß Sie gemeinschaftlich mit Patzig, als dieser erkannt hatte, daß er ein Lazarettschiff völkerrechtswidrig torpediert hatte, um die Zeugen der Tat zu beseitigen, die englischen Schiffbrüchigen durch Geschützfeuer getötet haben.

Sie wissen auch, daß Patzig in seinem Schiffstagebuche mit keinem Worte die Torpedierung des Lazarettschiffes und die darauf folgenden Vorgänge erwähnt hat. Sie wissen auch, daß er die Mannschaft unter Deck gehalten und befohlen hat, über die Vorgänge am 27. Juni zu schweigen und daß er auch Ihnen beiden das Versprechen abgenommen hat, Schweigen zu bewahren. Sie wissen endlich, daß Patzig sich durch Flucht der Verantwortung entzogen hat. Die Anklage, die sich ursprünglich nicht gegen Sie gerichtet hat, behauptet nun, daß Patzig alles, was er mit Ihnen getan hat, besprochen hat. Patzig hat Sie bisher des Schweigeversprechens nicht entbunden und Sie haben ja daher in der Untersuchung jede Auskunft verweigert, weil Sie sich, soweit Sie überhaupt aussagen wollten, durch wahrheitsgemäße Angaben der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würden."

Der Angeklagte Dittmar bestreitet, sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben. Jede weitere Erklärung lehnt er ab. Das gleiche behauptet mit lauter Stimme der Angeklagte Boldt, der betont, er habe nur die Befehle seines Kommandanten Patzig befolgt. Er weigere sich indes, näher auf diese Befehle einzugehen, da er seinem Kommandanten gegenüber zum Schweigen verpflichtet sei. Daran anknüpfend, führt Boldt in pathetischer Weise aus, er sei stolz, unter Patzig habe dienen zu dürfen.

Patzig sei ein vorbildlicher Kommandant gewesen, der bei allen Anlässen größten persönlichen Mut bewiesen habe. Boldt schildert den Augenblick des Zusammentreffens in der fraglichen Nacht mit dem von einem kleinen Kreuzer eskortierten Schiffskonvoi. Der Angriff auf den Konvoi sei sehr gefährlich gewesen, dennoch habe Patzig im Kriegstagebuch nur schlicht und kurz über das Ereignis berichtet. Der Präsident wendet ein, daß Patzig vielleicht nur darum in der Beschreibung des Zusammentreffens so wortkarg gewesen sei, weil er fürchten mußte, daß er durch größere Ausführlichkeit sich irgendwie doch schaden könne. Boldt bestreitet energisch, daß Patzig von solchen Beweggründen geleitet gewesen sein könne. Das sei mit seinem ganzen Wesen nicht vereinbar gewesen. Patzig habe wohl menschlich irren können, habe aber nie persönlich Unrechtes begangen.

Es beginnt dann die Beweisaufnahme. Als erster Zeuge wird der zweite Offizier des versenkten Lazarettschiffes „Landovery Castle" Chapmann vernommen.

Der Zeuge bekundet, daß er zweiter Offizier des Lazarettschiffes gewesen ist. Das Schiff beförderte lediglich Kranke und Verwundete. Munition hatte sich damals an Bord befunden. Als das Schiff in der Nacht des 27. Juni torpediert wurde, schlief er. „Wir waren natürlich sofort auf Deck. Jeder wußte, was er zu tun hatte. Es wurden sofort die Rettungsboote klar gemacht und zu Wasser gelassen. Die kranke und verwundete Besatzung ging in die Boote. Ich verließ als einer der letzten die „Landovery Castle". Als wir einige Meter vom sinkenden Schiff fort waren, erfolgte die Kesselexplosion. Vom Rettungsboot aus sah ich plötzlich ein Licht aufleuchten. Da ich annahm, daß es sich um ein Signal eines Schiffes handle, gab ich mit meiner Taschenlaterne ein Antwortzeichen. Ich sah dann, daß das Zeichen vom U-Boot kam. Das U-Boot kam ganz nahe an mein Rettungsboot heran und rief uns auf englisch zu: „Kommt schnell auf die Längsseite, sonst schießen wir mit großem Geschütz!" Der Offizier, der uns das zurief, hatte in jeder Hand einen Revolver und gab auch zwei Schüsse aus ihnen ab. Dann fuhr das Boot direkt auf uns zu, und es ist nur ein Zufall, daß es uns nicht überrannte. Das U-Boot zog einen Kreis und traf wieder auf unser Rettungsboot.

Auch diesmal wurde uns zugerufen, wir sollten längsseits kommen, da man sonst Geschützfeuer gegen uns eröffne. Ich mußte dann an Bord des U-Bootes gehen und erklärte dem ersten Offizier auf Befragen, daß wir nur Kranke und keine Munition an Bord gehabt hätten. Ich stieg wieder in das Rettungsboot und man stieß uns ab. Das U-Boot fuhr abermals direkt auf uns los. Ich machte eine Wendung und wir kamen glücklich davon. Vom U-Boot wurden kurz darauf 14 Geschützschüsse abgegeben. Die Granaten flogen über unser Boot. Auf eine Frage gibt der Zeuge zu, daß das Lazarettschiff in dem Augenblick seiner Torpedierung nicht den vorgeschriebenen Kurs eingehalten habe. Das Schiff befand sich auf der Fahrt nach Liverpool.

Es folgt darauf die Vernehmung des vierten Offiziers der „Llandovery Castle", der aussagt, das Schiff sei nur Lazarettschiffsmäßig ausgerüstet und auch genau nach den internationalen Bestimmungen als Lazarettschiff gekennzeichnet gewesen, auch habe es die an Bord befindliche Mannschaft lange nicht gewechselt.

Die „Llandovery Castle" sei unbedingt als Lazarettschiff erkennbar gewesen. Jetzt greift auch der Sachverständige Saalmächter ein, der dies infolge der großen Entfernung zwischen U-Boot und „Llandovery Castle" als fraglich erachtet. Im weiteren Verlauf des Verhörs schildert der Zeuge die Vorgänge beim Untergang des Schiffes. Die Wirkung des Torpedos sei furchtbar gewesen. Das Schiff habe sich gleich nach Backbord geneigt. Das Licht sei ausgegangen, und in die navigationswichtigen Räume sei Wasser gedrungen. Sofort seien an der Steuerbordseite Rettungsboote ausgesetzt worden. Der Kapitän habe befohlen, den Notruf S. O. S. drahtlos auszusenden, aber die Anlage sei schon zerstört gewesen, so daß es unmöglich war. Soweit der Zeuge gesehen hat, kamen die Rettungsboote glatt vom Schiff ab, ohne in den Wirbel hineingezogen zu werden.

Wohnungseinbrecher bei Adolf Hoffmann

Von Wohnungseinbrechern schwer heimgesucht wurde in der Nacht zum Montag der Reichstagsabgeordnete Adolf Hoffmann in seiner Berliner Wohnung in der Koppenstraße 8. Der Abgeordnete hatte sich am Sonnabend mit seiner Frau nach seinem außerhalb Berlins gelegenen Landhause begeben, um dort den Sonntag und Montag zu verbringen. In seiner in der Koppenstraße belegenen Wohnung war unterdessen niemand anwesend. Hin und wieder jedoch wurde von einer von dem Wohnungsinhaber beauftragten Person nachgesehen. Diese entdeckte am Montag früh, daß Einbrecher eingedrungen waren und in den Räumen wie die Vandalen gehaust hatten. Der benachrichtigte Abgeordnete setzte sich sogleich mit der Kriminalpolizei in Verbindung.

Die Einbrecher hatten eine große Menge Kleidungs- und Wäschestücke, Schmuckjachen usw. im Gesamtwerte von ungefähr 100 000 M. gestohlen. Sie hatten Schränke und Behältnisse erbrochen und viele Möbelstücke zertrümmert. Die Wäsche hatten sie von den Betten abgezogen. Trotz der von ihnen gemachten reichen Beute scheinen sie bei der Tat gestört worden zu sein, da sie noch vieles zurückgelassen haben, selbst die wertvollen Schmucksachen der Frau Hoffmann, die auf dem Nachttisch lagen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Racheakt handelt.

Im Wahrscheinlich haben sich die Einbrecher gedacht, daß der Zehngebote-Hoffmann dank seines kommunistischen Programms gegen die Aufteilung seines Eigentums nichts einzuwenden haben würde.

Wiederaufrollung der Flaggenfrage im Reichstage im Herbst. Da unsere Handelskreise den Beschluß des Reichstags wegen Abänderung der bisherigen Handelsflagge nicht gutheißen, ist an die bürgerlichen Parteien des Reichstags von ihnen der dringende Wunsch gerichtet worden, spätestens im September einen Antrag auf Weiterführung der alten Handelsflagge im Reichstage einzubringen, um den jetzt gemachten Fehler, wenn nötig durch eine Verfassungsänderung, wieder gut zu machen. Die Stimmung an der Wasserkante ist der neuen Handelsflagge gegenüber ablehnend, man hat gedroht, gegebenenfalls keine Flagge mehr zu führen, soweit die Seegesetze dies gestatten.

Ein an England ausgeliefertes Luftschiff verunglückt. „Evening Standard" meldet, in der vorigen Woche sei das englische Luftschiff „R 36" auf einem Fluge leicht beschädigt und in den Fluchsten von Pudsam zurückgebracht worden. Das Zeppelinluftschiff „L 64" wurde aus seiner Halle gebracht, um Platz für das andere Luftschiff zu machen, die Bedienungsmannschaft vermochte jedoch nicht, den Zeppelin zu halten, und dieser wurde vernichtet.

In den Alpen erfroren. Aus Innsbruck wird gemeldet: Sechs Herren und drei Damen, die eine Durchkletterung der Winklerschlucht am Wilden Kaiser unternahmen, wurden von einem schweren Unwetter überrascht und mußten im Freien übernachten. Ein Wiener Tourist und ein Fräulein Dürnberger aus München fanden dabei den Tod durch Erfrieren.

Der Kirchturm von Harthausen

17] Novelle von R. Bartolomäus.

(Nachdruck verboten.)

„Nun freilich! Ich glaube, wir beide werden bald einig werden — aber! — Sie sind ja noch nicht verheiratet! Preisen Sie Gott den Herrn! Aber die Frauen! Die erschweren alles, das Leben im allgemeinen und die Geschäfte im einzelnen! Teuer bezahlt man den Irrtum, es wäre anders, und jeder bezahlt ihn aufs neue! Nun ist schon nichts kläglicher als wenn die Menschen sich voll Weisheit zu handeln dünken und im Grunde genommen nur ihren Trieben oder dem Naturtriebe folgen. Deshalb ist gerade der Anblick einer auf ihre Klugheit eingebildeten Frau so unendlich widerwärtig! Verzeihen Sie diese Randbemerkungen eines erfahrenen Geschäftsmannes!"

„Im Gegenteil!", sagte Edgard, „ich freue mich über das Vertrauen, das sich in Ihnen ausspricht!"

„In dem Sinne sind sie auch gemacht!"

„Aber ich meine, die Männer täten auch gut, sich auf ihre Weisheit nichts einzubilden! Was die Frauen vielleicht im einzelnen sündigen und im kleinen, das machen die Männer verkehrt im großen und ganzen! Die Männer sind nie dümmer, als wenn sie beisammen sind, und die Frauen, wenn sie allein sind! Die Männer behalten ihre Klugheit für sich, die Frauen geben sie aus!"

„Da wäre also eine Damengesellschaft dem Rat der Weisesten gleichzuachten!"

„Ich war noch nie dabei! Aber ich sagte auch nur, daß sie beisammen klug, nicht, daß sie liebenswürdig wären!"

„Sie könnten Ihr Urteil prüfen, lieber Vetter, wenn Sie einmal eine solche Zusammenkunft mitmachten!"

„Gern, sobald ich Gelegenheit habe!"

„Erweisen Sie uns am Sonntag die Ehre! Es ist Thedas Geburtstag!"

„Um so lieber werde ich kommen! Vorher möchte ich mich Ihren Damen vorstellen!"

„Die finden Sie jeden Nachmittag nach fünf Uhr zu Hause!"

„Also auf Wiedersehen! Das Geschäftliche später!"

Auf Rat seines Anwalts ließ sich Edgard bei seinen Wegen in Bremen von einem geheimen Wachtmann beobachten und vermied abendliche Ausgänge. Die Hilfe eines Arztes brauchte er bei Erneuerung seines Verbandes, der so geschickt angelegt wurde, da er kaum sichtbar war.

Die Wohnung seiner Verwandten war so eingerichtet, wie er es bei den reichsten Finanzmännern Amerikas gewöhnt war, Garten, Hof, Hofgebäude mit dem ausgesuchtesten Schmuck, der vollkommensten Ausstattung, das Haus selbst palastartig. Er traf nur Theda im Gesellschaftszimmer an. Sie war mit einer feinen Stickerei in Seide und Goldfäden beschäftigt und sah in ihrem samtenen Teekleid mit einfacher Silberzier mehr aus wie eine Hausfrau bei ernstlicher Arbeit und in Gedanken als wie eine junge Dame, die Gäste empfangen will.

„Herr Edgard von Harthausen!", sagte der Diener an der Türe.

Theda stand schnell auf, dem Gast entgegenzugehen, blieb aber stehen, als sie den Verband bemerkte.

„Ich komme, um Ihnen für Ihre freundschaftliche Sorge zu danken!", sagte Edgard.

„Sie sind verwundet?", fragte sie besorgt.

„Nichts Gefährliches!", erwiderte er, „Ergebnis großstädtischen Lebens!"

„Erzählen Sie mir!"

„Ich weiß nur, daß ich abends von meinem Anwalt nach Hause ging und von jemand einen Schlag erhielt. Vielleicht hat er mich nicht erkannt — vielleicht zu gut!"

„Weiß man, wer es war!"

„Ich jedenfalls nicht! Und will es auch nicht wissen!"

„Und doch sehen Sie aus, als ob nichts gewesen wäre!"

„Mir ist nichts! — Ich ging einmal in Chicago —"

„Vor allem möchte ich wissen, ob Sie wirklich ganz wiederhergestellt sind!"

„Es kann mir nicht besser gehen! Dergleichen überwindet man leicht, sobald man weiß, was es ist."

Theda hatte sich während dieser Antwort nach dem Teetisch abgewandt und beschäftigte sich mit den Tassen und Kuchenförbchen. Sie bekämpfte ihre Bewegung.

„Trinken Sie Tee?", fragte sie.

„Gewiß! Aber, bitte, die allerkleinste Tasse, die Sie haben!"

Theda brachte eine Tasse hervor, von feinstem chinesischen Porzellan, wie ein Likörglas groß.

„Diese!"

„Die! Aber nur, wenn Sie auch trinken!"

„Gewiß!"

„Nur einmal habe ich so guten Tee getrunken! Bei —"

„Ich weiß!", rief Theda, „bei Margriet van Vliet! Das ist auch kein Wunder! Die bekommt ihn van Antje Teigen und die von den Ostindienfahrern! Da sitzen sie dann zusammen, wenn die nach Hause kommen, suchen aus und der beste ist für Margriet!"

„Und selbstlos ist das nicht, denn Fräulein Margriet gibt ihn allen guten Bekannten!"

„Aber doch mit Auswahl! Nicht jeder hat es so gut bei ihr wie Sie! Die liebe Margriet!"

„Also nicht jeder wird so bevorzugt?"

„Bewahre! Keineswegs! Das war allein für Sie! Für Antje natürlich auch! Und dann zur Ehre Ihres Namens, unseres Namens! Denn auf den hält sie nun einmal sehr viel. Und die Geschichte der Familie, auch ihrer eigenen, das ist für sie das, was anderen die täglichen Erlebnisse ihrer Bekannten. Sie weiß sehr viel davon, mehr als ich!"

„Die haben gern Geschichten! Auch ihr Bruder!"

„Nicht wahr? Der weiß zu erzählen! Wenn ich in Harthausen bin, freue ich mich immer auf die Abende, dann kommt er mit seinen Erlebnissen! Und sie sind beide so anhänglich an ihre Freunde! Sie sprach so gut von Ihnen!"

„Das bin ich nicht gewöhnt, der immer mit Fremden zu tun hatte!"

„Und nun endlich zur Ruhe kommt!"

„Vielleicht! Aber noch ist nicht viel von Ruhe zu sehen!"

Frau von Harthausen trat ein und ihre Schwägerin folgte ihr, beide in gediegenen, seidenen Gewändern.

„Edgard von Harthausen!", sagte Theda.

„Seien Sie uns herzlich willkommen!", sagte ihre Mutter, ich hörte schon von meiner Tochter, daß Sie die alte Heimat aufgesucht haben und freue mich, daß wir Sie bei uns sehen!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192107131-16/fragment/page=0002

Der Gesamtetat 1921 angenommen

Außerordentliche Stadtverordnetensitzung

Halle, 13. Juli.

Stadtv.-Vorsteher Keil eröffnet und leitet die Sitzung. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Ueber das Kapitel „Grundeigentum" erstattet Stadtv. Steinbrück (Dtn.) Bericht. Dieses Kapitel enthält keine endgültigen Ziffern; es werden sich hier noch einige Aenderungen ergeben. Die Pachtpreise sind allgemein erhöht worden. Bei zwei Gütern sind bereits neue Verträge abgeschlossen worden; mit den Pächtern der anderen städtischen Güter schweben noch Verhandlungen. Im allgemeinen wird der Pachtzins pro Morgen von bisher 30 M. auf 55 M. erhöht werden.

In der Besprechung meldet sich zunächst Stadtv. Illgenstein (Komm.) zum Wort. Nach seiner Ansicht sind die Pachtpreise für die städtischen Güter ohne Ausnahme zu niedrig bemessen. Dagegen würden von kleineren Pächtern und gemeinnützigen Vereinen weit höhere Pachtzinsen gefordert. Jedenfalls müßten aus dem städtischen Grundbesitz viel größere Erträge erzielt werden. Redner empfiehlt dem Magistrat, die 2 Prozent Grundsteuer den Pächtern aufzuerlegen. Hierzu bemerkt Stadtrat Fischer, daß eine entsprechende Vorlage bereits vorbereitet würde. — Stadtv. Albrecht (U. S. P.) macht Einwendungen gegen den Pachtvertrag mit dem Pächter des Rittergutes Beesen, die von Stadtrat Fischer richtiggestellt werden. — Stadtv. Gelhaar (U. S. P.) sucht in längeren Ausführungen den Beweis zu erbringen, daß die städtischen Güter sich noch nicht mit 2 Proz. verzinsen. Er mahnt zur Vorsicht bei künftigen Abschlüssen von Pachtverträgen, die hoffentlich nicht wieder stattfinden, da die Stadt ihren Grundbesitz in Eigenbewirtschaftung übernehmen müsse. In demselben Sinne äußert sich Stadtv. Günther (Komm.), indem er auf die erfolgreiche Eigenbewirtschaftung des Flugplatzes verweist. Die erneuten Einwendungen und Angriffe gegen den Etat seitens des Stadtv. Illgenstein entkräftet Stadtv. Steinbrück (Dtn.) in seinem Schlußwort in sachlicher, überzeugender Weise.

Es kommt hierauf zur Abstimmung. Der Antrag Illgenstein, die Grundsteuer auf den Pachtzins anzurechen, wird angenommen, der kommunistische Antrag,

die städtischen Güter in Eigenbewirtschaftung

zu übernehmen, abgelehnt. Der Etat wird somit angenommen.

Im Anschluß hieran schlägt Bürgermeister Seydel vor, hinsichtlich des am Montag angenommenen Antrags Gelhaar betr. Gewährung von 2000 M. für freie Lernmittel und 50 000 M. für Erziehungsbeihilfen an Besucher der Kunstgewerbeschule einstweilen nur 80 000 M. als Beihilfe für bedürftige, begabte Schüler einzusetzen, da bereits die Hälfte des Schuljahres verstrichen sei. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Die Frage der Eigenbewirtschaftung des städtischen Grundbesitzes wird noch einmal ausführlich erörtert vom Stadtv. Illgenstein (Komm.) bei Beratung des Kapitels „Landwirtschaftsbetrieb" (Flugplatz und Artillerie-Exerzierplatz), über das Stadtv. Steinbrück (Dtn.) referiert. In seinem Schlußwort warnt dieser vor einem allzu großen Optimismus hinsichtlich des Flugplatzes. (Redner wird von den Kommunisten des öfteren unterbrochen.) Der Etat findet Annahme.

Abermals eine Schuldebatte

Es beginnen nunmehr die Beratungen der Etats der Mittel- und Volksschulen. Sie werden unverändert bis auf einigen kleinen, bereits im Haushaltsausschuß beschlossenen Abänderungen angenommen.

Bürgermeister Seydel bemerkt, daß der Antrag auf Erhöhung der Summe zur Gewährung freier Lernmittel zurzeit keine praktische Bedeutung habe, da der Zeitpunkt für Neubeschaffung von Büchern schon verstrichen sei. Der Magistrat halte im übrigen eine Erhöhung der dafür in den Etat eingesetzten Summe um 80 000 M. für ausreichend. Beantragt sind 200 000 M. — Stadtv. Illgenstein (Komm.) fordert die Bereitstellung der beantragten Summe und entwickelt im übrigen das kommunistische Schulprogramm. Er fordert ferner die Revision der Schülerbibliotheken „hinsichtlich der Geschichtsfälschungen zugunsten der Monarchie oder der Religion". — Stadtv. Gelhaar (U. S. P.) beantragt, die Differenz aus dem beantragten Zuschuß für freie Lernmittel im Falle der Ablehnung für Erziehungsbeihilfen bereitzustellen. Redner fordert die Beschaffung der Lehrbücher von stadtwegen.

Stadtschulrat Dr. Truschel hält die für freie Lernmittel im Haushaltsplan vorgesehene Summe für ausreichend. Den Antrag betr. Erziehungsbeihilfen empfiehlt er, bis zum neuen Etat zurückzustellen. — Stadtv. Wilke (Soz.) bezeichnet gleichfalls die für Lernmittel ausgesetzte Summe als genügend. — Stadtv. Hoë (Dem.) spricht für die Bereitstellung von Erziehungsbeihilfen für Volksschüler und beantragt Ueberweisung des Antrags Gelhaar an den Schulausschuß. Es wird so beschlossen.

Der Haushaltsplan der katholischen Volksschule wird mit dem Zusatzantrag angenommen, daß 3000 Mark für freie Lernmittel eingesetzt werden. Glatte Annahme finden die Etats der übrigen städtischen Schulen. Von kommunistischer Seite wird angeregt, bei der Erteilung von wahlfreien Unterrichtsfächern an der kaufmännischen Fortbildungsschule beschäftigungslose Jungelehrer zu berücksichtigen. Der Etat des neuen im Stadthaushaltsplan erscheinenden Schulmuseums wird angenommen, desgleichen der des Stadttheaters, das einen Zuschuß von 885 000 Mark erfordert, und zwar gemäß der Vorschläge des Theaterausschusses.

Debattelose Erledigung finden die Etats des Thaliasaales, Museums, Zoologischen Gartens und Wittekinds, Armen- und Fürsorgewesens, Feuerlöschwesens, der Hoch- und Tiefbauverwaltung, der Stadtentwässerung, der Straßenreinigung und -beleuchtung, der öffentlichen Gesundheitspflege, des Wohnungs- und Mietseinigungsamtes. Bei diesem Kapitel spricht sich Stadtv. Mendorf (Kom.) für eine Vermehrung des Personals im Wohnungsamt aus und fordert des weiteren energisches Vorgehen gegen „renitente" Großwohnungsinhaber und Hausbesitzer.

Recht interessante Ausführungen macht Stadtv. Mendorf über

die Wohnungsfürsorge in Halle.

Es sind bis jetzt beim städtischen Wohnungsamt insgesamt vorgemerkt gewesen 16 848 Personen, darunter 13 282 Hallenser, 1244 Flüchtlinge, 2340 Zugezogene. Nicht untergebracht werden konnten 66 Proz. der Flüchtlinge, 56 Proz. der Einheimischen, 58 Proz. der Zugezogenen. Es liegen

augenblicklich 9521 Wohnungsgesuche

vor. Die Wohnungsuchenden verteilen sich folgendermaßen: Es suchen Wohnung über 2000 Personen infolge Gründung eines eigenen Hausstandes, 946 junge Eheleute, die bei ihren Eltern wohnen, 180 Familien, die in einem einzigen Raume wohnen, 1041 Familien, die in überfüllten, 378 Familien, die in ungesunden Wohnungen wohnen; in Notwohnungen untergebracht sind 189 Familien. In Halle sind an 2000 Wohnungen beschlagnahmt worden. Neubauten wurden hier in diesem Jahre ausgeführt 840.

Stadtrat Dr. May, der neue Dezernent des Wohnungswesens, erläuterte die Hallesche Wohnungsnot an Hand statistischer Aufzeichnungen: In den Jahren 1907 bis 1913 wurden in Halle jährlich etwa 843 Wohnungen gebaut, während der Kriegsjahre insgesamt nur 183. In den Jahren 1905 bis 1914 wurden jährlich 1400 bis 1500 Ehen geschlossen, im ersten Kriegsjahre 1000 bis 1200, im Jahre 1919 dann 2400, 1920 sogar 2801. Auf dem Gebiete der Zwangswirtschaftsmaßnahmen hat Halle das Höchste geleistet; in Groß-Berlin sind nur 1050, in Magdeburg 400 Wohnungen beschlagnahmt worden.

Stadtv. Günther (Kom.) ergeht sich ausführlich über die Verfügung des Bezirksausschusses in Merseburg betr. Erhöhung der Mieten um 50 Prozent des Friedenspreises und legt gleich seinem Parteifreunde John sein Mandat in diesem Ausschuß nieder.

Das Kapitel „Gemeindeabgaben" ruft eine lebhafte Debatte hervor. Stadtv. Herold (Deutschnat.) beantragt Erhöhung der Unterstützungssumme für die Robert Franz-Singakademie auf 18 000 Mark. Für den Hallenschen Lehrerverein werden von demokratischer Seite 10 000 Mark beantragt. Die Linke spricht sich gegen die Bewilligung dieser Summen aus. Stadtv. Herold begründet seinen Antrag ausführlich und überzeugend. Inzwischen wird von kommunistischer Seite eine Unterstützung von 10 000 Mark für den Arbeiter-Sängerchor beantragt. Stadtv. Borges (Dem.) lehnt die erhöhte Beihilfe für die Robert Franz-Singakademie ab, während Stadtv. Splett (Ztr.) warm für den Antrag Herold eintritt.

Stadtv. Steinbrück (deutschnatl.) beantragt Schluß der Debatte; die Versammlung stimmt dem zu. Die Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrages Herold, Annahme der Anträge betr. Beihilfen für den Hallischen Lehrerverein und den Arbeiter-Sängerchor.

Kapitel „Insgemein" wird debattelos angenommen.

Den Gesamtetat empfiehlt zur Annahme der Berichterstatter Stadtv. Manschewski (Dem.).

Stadtv. Albrecht (U. S. P.) und Stadtv. Günther (Kom.) lehren in langatmigen Reden den Gesamtetat ab. Dieser wird indessen in der Schlußabstimmung angenommen.

Hierauf schließt der Vorsteher um 9 Uhr die Sitzung.

Neuregelung der Gehälter der städt. Beamten

Wie der Stadtverordnetenvorsteher in der gestrigen außerordentlichen Stadtverordnetensitzung mitteilte, wird sich die Versammlung in der Sitzung am nächsten Montag mit einer Magistratsvorlage betr. Neuregelung der Gehälter der städtischen Beamten beschäftigen.

Nach Erledigung dieser Vorlage beginnen für die Stadtverordneten die Ferien.

Vom Wiederaufbau unserer Kirchenorgeln

Die pneumatische Orgel der Bartholomäuskirche zu Halle a. S.-Giebichenstein hat ihr Kriegsgewand abgelegt und zeigt sich nun wieder im Schmuck eines metallischen Prospektes. Sie ist die erste größere Orgel Halles, die nun nicht mehr wie ein grinsender Totenschädel im Innern der Kirche an die furchtbare Not der Zeit erinnert. Bisher war man gewöhnt, die Orgelprospekte aus Zinn anzufertigen. Die Preise für Zinn sind gegenwärtig aber so unerschwinglich, daß Jahrzehnte vergehen würden, ehe an eine Ergänzung der Prospekte aus diesem Metall gedacht werden könnte. Die Orgelbauanstalt hat dafür einen vollgültigen Ersatz geschaffen. Die Prospektpfeifen werden aus Zink hergestellt und mit Aluminiumbronze überzogen. Der Charakter des Registers wird durch die Kunst des Intonierens seitens des Orgelbaumeisters voll gewahrt. Das Aussehen des Prospektes erleidet durch die Aluminiumbronze im Hinblick auf das früher verwendete Zinn wenig Einbuße, ein Unterschied wird vom Laien kaum empfunden. Eigentlich kann von Ersatz überhaupt kaum gesprochen werden. Schon früher konnte die Orgelbauanstalt diesen Ausweg, um bei schweren Zinnpfeifen im Prospekt das Sacken der Pfeifen und das Eindrücken der Pfeifenfüße zu verhindern. So sind z. B. die Prospekte der Orgeln in der Katharinenkirche in Leipzig, im Blüthnersaal in Berlin und in der Konzerthalle in Breslau aus Zink hergestellt. Der Prospekt der Orgel in der Bartholomäuskirche wurde von der Orgelbauanstalt W. Rühlmann-Zörbig in mustergiltiger Weise aufgestellt.

Schwurgericht

In nichtöffentlicher Sitzung wurde gegen den 1896 geborenen Schneider Otto Berger verhandelt, der sich im November v. J. an einem damals 15 Jahre alten Mädchen vergangen hatte. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis.

— **Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein" wissen muß,** so lautet die Aufschrift einer von der Geschäftsstelle „Saar-Verein" soeben herausgegebenen Denkschrift, in der dem Leser in gedrängter, erschöpfend kurzer und ausgezeichnet übersichtlicher Form die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebiets und die Kämpfe und Nöte der Saarbevölkerung vor Augen geführt werden. Den Bestrebungen des Bundes „Saar-Verein", das Deutschtum im Saargebiet zu erhalten und zu kräftigen und der drohenden Losreißung vom deutschen Vaterlande mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten, sieht leider die Masse des deutschen Volkes noch reinmaßlos gegenüber, und doch wäre es Pflicht eines jeden, diese Bestrebungen aufs kräftigste zu unterstützen. An alle Freunde des Saargebiets und an jeden deutschfühlenden Mann ergeht die Bitte, Mitglied des Bundes „Saar-Verein" zu werden. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Halle des Saar-Vereins, Schweitzerstraße 3, 2. Stock. Auch werden Anmeldungen in der am Mittwoch abend 8 Uhr in der „Tulpe" stattfindenden Versammlung entgegengenommen, in der die endgültige Festlegung des Programms zu der großen Saarkundgebung im Herbst erfolgt.

— Das „Oberschlesier-Hilfswerk" veranstaltet mit Genehmigung der zuständigen Staatskommissare vom 17. bis 24. Juli in allen deutschen Bädern und Kurorten eine „Bäderwoche für Oberschlesien". Es soll wenigstens an einem Tage in dieser Woche ein Margarettentag stattfinden und werden entsprechende den örtlichen Verhältnissen besondere Veranstaltungen zugunsten des „Oberschlesier-Hilfswerks" vorgenommen werden. Ihr, die Ihr in Ruhe und Sonnenschein die Ferien genießen könnt, gedenkt derer, die für ihr Deutschtum der größten Not und Sorge ausgesetzt, aus ihrer Heimat vertrieben, mißhandelt und beraubt sind, ungewiß der Zukunft. Spendet dem „Oberschlesier-Hilfswerk"!

— Der **Hallesche Schachklub** veranstaltet Freitag, den 15. Juli, abends 6 Uhr im „Mars la Tour" (Saal) einen Schachunterhaltungsabend. Es werden Partien am Schaubrett vorgeführt, und dann findet ein Massenspiel statt. Gäste sind sehr willkommen. (Zur Deckung der Kosten 50 Pfg.)

Familien-Nachrichten

— **Vermählungen:** Paul Hecker mit Margarethe Hankel. — Dr. med. Wilhelm Wenke mit Johanna Otto.

— **Todesfälle:** Am 11. Juli Eisenbahn-Inspektor Karl Newicki im 56. Lebensjahr. — Am 11. Juli Mathilde Kroeschel geb. Oeltzreich im 81. Lebensjahr.

Aus Mitteldeutschland

Tagung der anhaltischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine

m. Bernburg, 11. Juli.

Am Sonntag fand ein aus allen Teilen unseres engeren Vaterlandes gut beschickter Verbandstag der anhaltischen Haus- und Grundbesitzervereine statt. Der Jahresbericht zeigte ein erfreulich starkes Wachstum der Organisation, der ein Anschluß neuer Ortsvereine bevorsteht. Darauf setzten die Referate über die Grundwertsteuer und die Reform der Mieteinigungsämter ein. Das Problem der Grundwertsteuer wurde in eingehendster Weise kritisch betrachtet und gegen die den gesetzlichen Ausführungsbestimmungen widersprechende Form der Einschätzung des Grundwertsteueramtes Dessau protestiert. Das Ergebnis dieses Protestes gipfelte in einer Entschließung, die die Grundwertsteuer als ungerecht empfunden ablehnt. In dem vielumstrittenen Punkt der Reform der Mieteinigungsämter verlangten die Referenten eine Berufungsinstanz, die die Urteile der Mieteinigungsämter einer Korrektur unterziehen soll. Eine einstimmig angenommene Entschließung fordert neben der Heranziehung der Hausbesitzer- und Mieterorganisationen zu den Beisitzerwahlen der Mieteinigungsämter den schleunigen Abbau der Zwangswirtschaft. Auf die Aussprache, in der bedauerlicherweise trotz Einladung die Abwesenheit behördlicher Vertreter festgestellt wurde, folgte die Vorstandswahl.

Der eingestürzte Himmel

Ein schweres Bau-Unglück.

R. Dessau, 12. Juli.

Ein schweres Bauunglück ereignete sich gestern nachmittag auf dem Sparkassenneubau an der Poststraße. Beim Abbruch des gewölbten Himmels über dem Altar der Stiftskapelle des St. Amalienstiftes stürzte trotz aller Vorsichtsmaßregeln ein Teil des Mauerwerks plötzlich herab. Der Sohn des Bauunternehmers, Techniker Arendt, wurde von Steinen begraben und schwer verletzt. Dem Maurer Schulze ist die rechte Hand glatt abgeschlagen worden; außerdem hat er gleichfalls schwere innere Verletzungen erlitten. Beide Schwerverletzten wurde mit Transportmitteln der Sanitätswache nach dem Krankenhaus überführt.

Die Geißel der Zeit

tk. Weimar, 13 Juli.

Die Zahl der erfaßten und unter Beobachtung gestellten Fälle von Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten wächst von Tag zu Tag. Eine Abnahme dieser gefährlichen Volksseuche kann bei der geleisteten Arbeit und trotz Aufwendung riesiger Geldmittel nicht festgestellt werden; im Gegenteil, die Geschlechtskrankheiten greifen immer mehr und mehr um sich. Selbst die armen unschuldigen Kinder bleiben nicht verschont infolge Ansteckung durch die erkrankten Eltern. Allein im Bezirk der Thüringischen Landesversicherungsanstalt Weimar stehen zurzeit 6700 Fälle unter Behandlung und Beobachtung. Dabei ist zu bedenken, daß es noch tausende von Fällen gibt, die nicht bekannt werden, an denen wenig berufene, aber desto mehr unberufene Personen herumdoktern. Die Kosten werden im Anstaltsbezirke Weimar dieses Jahr drei Millionen Mark betragen und werden anteilig von der Versicherungsanstalt und den Krankenkassen getragen. Die riesigen Opfer werden vergeblich gebracht, wenn nicht jede erkrankte Person sich in die richtige ärztliche Behandlung und Beobachtung begibt. Auch die Lungenkrankheiten greifen infolge der Unterernährung des deutschen Volkes während der langen Kriegsdauer immer noch in erschreckendem Maße um sich. Die vorhandenen Lungenheilstätten reichen bei weitem nicht aus, all die Kranken zu fassen. Die Thüringer Landesversicherungsanstalt Weimar will deshalb trotz der bekannten sehr schwierigen Verhältnisse auf dem Baumarkte versuchen, Abhilfe zu schaffen durch Vergrößerung der bestehenden Heilstätten.

Im Bodetal abgestürzt

d. Thale, 12. Juli.

Auf der Schurre im Bodetal fanden Spaziergänger Sonntag die Leiche eines etwa zwanzigjährigen Mannes. Der Schädel war völlig zertrümmert. Es ist anzunehmen, daß der Mann bei der Besichtigung einer Höhle abgestürzt ist. Seine Personalien sind noch nicht ermittelt.

Blankenburg will durchaus „Bad" sein

tk. Bad Blankenburg in Thür., 13. Juli.

Viel Widerspruch findet bei den Freunden einer saftigen Rostbratwurst das nachfolgende Verbot der hiesigen Polizeiverwaltung: „Das gewerbsmäßige Rösten von Fleisch und Würsten auf sogenannten Rosten ist innerhalb des Stadtgemeindebezirks verboten; nur bei Märkten, Volksfesten und dergleichen Gelegenheiten kann dasselbe von der Polizeibehörde gestattet werden. Zufolge Beschwerden durch Kurgäste, die durch den Rauch belästigt werden, sind die Polizeibeamten angewiesen, das Rösten nach der Straße zu verbieten bezw. Anzeige vorzulegen." Ob sich die Blankenburger das gefallen lassen?

g. **Aus dem Elsterthale,** 13. Juli. (Folgen der naßkalten Witterung.) In landwirtschaftlichen Kreisen werden mehrfach über den Stand der Kartoffel- und Gurkenfelder Klagen laut. Das Kraut der ersteren hat zum Teil ein rostfarbenes Aussehen, die Blätter der Stöcke sind zusammengezogen und die Ranken der letzteren erscheinen eher in der herbstlichen Färbung, gleichsam als wäre ihre Tragfähigkeit im Schwinden begriffen. Die Fruchtarten sind „verloht" heißt es im Volksmunde, während es in Wirklichkeit Pilze sind, die als Ursache der Krankheit anzusehen sind. Von den Kartoffelsorten sind es durchgängig rote, bei denen die Krankheit in die Erscheinung tritt; während die weißen meist frisch und lebhaft aussehen. Samenwechsel ist erforderlich, an Stelle dessen sind einfach unreife alte Sorten ausgepflanzt worden. Man befürchtet daher, daß die Kartoffel- sowie Gurkenernte erheblich beeinträchtigt werden und der Fruchtansatz der kranken Pflanzen zu wünschen übrig lassen wird. Indessen vermag Wärme auch in solchen Fällen noch vieles gut zu machen und zu bessern, was die naßkalte Witterung, denn dieser ist hauptsächlich die Ursache der Krankheit zuzuschreiben, verschuldet hat.

g. **Wesenitz,** 13. Juli. (Landwirtschaftliche Inventarversteigerung.) In vergangener Woche fand in dem G. Schumannschen Gute hier wegen Erbauseinandersetzung die Versteigerung des lebenden und toten Inventars statt, nachdem zuvor die Ackergrundstücke und Gebäude bereits zum Verkauf gekommen waren. Zahlreiche Kaufslustige waren auch hierzu erschienen, so daß sich bald ein lebhaftes Geschäft entwickelte. Begehrt war vor allem das Vieh, so daß Pferde, Kühe, Schweine und Ziegen ihrer Beschaffenheit nach teuer bezahlt wurden. Aber auch die Ackergeräschaften, Maschinen und dgl. fanden ihre Abnehmer, und teilweise wurden Gegenstände, wie dies bei derartigen Versteigerungen öfters der Fall ist, teurer bezahlt als neue gleichartige, wenn sich Liebhaber gerade darauf verfessen hatten.

r. **Weißenfels,** 12. Juli. (Ueberfahren) wurde am Sonnabend morgen der 44 Jahre alte Bauhandwerker Otto

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192107131-16/fragment/page=0003

[illegible], als er verbotswidrig auf dem Bahndamm zur Arbeit ging. Er wurde so schwer verletzt, daß er nach Aufnahme im Krankenhaus starb. Der Verunglückte hinterläßt Frau und Kinder.

tk. **Wasungen, 12. Juli.** (Ein starkes Geschlecht!) **Beim Heidelbeerpflücken Mutter geworden!** Dieser gewiß nicht alltägliche Fall ereignete sich im Wasungen Forst. Ohne jegliche Hilfe gab hier ein Mädchen einem Kinde das Leben. Nachdem sie dieses eingewickelt hatte, machte sie sich auf den einhalbstündig dauernden Heimweg, den sie ohne jegliche Beschwerde oder Anstrengung zurücklegte. Mutter und Kind befinden sich wohl.

g. **Köthen, 12. Juli.** (Sozialisten als „Menschenfreunde".) Ein hiesiger Bäckermeister hatte den Mitgliedern des Kleinrentner-Vereins, der die notleidenden Opfer des Krieges umfaßt, eingeräumt, ihnen das Brot mit einer Preisermäßigung von 30 Pf., also für 4 M. statt 4,30 M. das Vierpfundbrot, zu liefern. Dieses menschenfreundliche Handeln fand aber wenig Verständnis bei der übrigen Kundschaft des Meisters. Diese, die sich zumeist aus gutbezahlten Arbeitern zusammensetzt, verlangte das Brot zum gleichen Preise und drohte andernfalls mit Boykott. Um sich vor schwerem geschäftlichen Schaden zu schützen, mußte der Meister sein den Kleinrentnern bezeigtes Entgegenkommen zurücknehmen.

„H.Z." Sportberichte

Die Tennismeisterschaft der Provinz Sachsen

Der Hockey-Club Halle e. V. ruft zu seinem 14. allgemeinen Tennis-Turnier vom 22.–25. Juli auf den Spielplätzen des Clubs auf der Peißnitz auf. Die Wettspiele versprechen einen spannenden Verlauf, geht doch das Herren-Einzelspiel ohne Vorgabe um die Meisterschaft der Provinz Sachsen ebenso wie das Damen-Einzelspiel um die Meisterschaft von Halle. Freunde des Tennis-Sportes haben einen Wanderpreis gestiftet. Nennungen sind an Heinrich Werther, hier, Reilstraße 97/98, zu richten. Nennungsschluß ist Montag, der 18. Juli.

Rennen zu Berlin-Grunewald

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

1. Birken-Jagdrennen. 1. Fustanella (Gorsler), 2. Der Sogenannte, 3. Divorce. Tot.: 13; Platz: 13, 20. Ferner lief: Marmolata. — **2. Preis von Schweinert.** 1. Chrysolith (Cofina), 2. Malente, 3. Hauptmann. Tot.: 14; Platz: 13, 21. Ferner liefen: Feuersnot, Malta 2. — **3. Grunewald-Pokal** 1. Pallenberg (Müller), 2. Finnländer, 3. Luftibus. Tot.: 18; Platz: 14, 20. Ferner liefen: Ornament, Soldau, Werther. — **4. Geranium-Hürdenrennen.** 1. Nihilist (Lünebenger), 2. Rosmarie, 3. Tetta. Tot.: 19; Platz 12, 18, 17. Ferner liefen: Balthasar, Deutschritter, Dorn, Landvogt, Libelle. — **5. Fervor-Rennen.** 1. Sardanapal (Tarras), 2. Prämie, 3. Gondel. Tot.: 182, Platz: 19, 11, 12. Ferner liefen: Erda, Flüchtling, Lotse, Wellenbrecher. — **6. Ober-Jagdrennen.** 1. Meisterweise (Kardel), 2. Persens, 2. Barbar. Tot.: 45, Platz: 15, 20, 22. Ferner liefen: Ahnfrau, Herzog 2, Rotbart, Salbadore, Sturmschwalbe. — **7. Caius-Ausgleich.** 1. Ulan 2 (Lünebenger), 2. Famulus, 3. Glückskind und Oberfeldherr. Tot.: 128, Platz: 35, 20, 12 auf Glückskind, 53 auf Oberfeldherr. Ferner liefen: Armenier, Konrad, Laubfrosch Provinzler, Räuberhauptmann, Reinweiß, Satyr, Weckruf.

Stall Oppenheim noch immer an der Spitze. Durch den Sieg von Ostiam im Grafen Preis von Berlin, dessen Siegwert sich auf 120 000 Mark beläuft, hat der Stall Weinberg seine Gesamtsumme ganz bedeutend vergrößert. Trotzdem war es ihm noch nicht möglich, den Stall Oppenheim von der Spitze der erfolgreichen Flachrennstallbesitzer zu verdrängen, der mit Wollenstein im Preis von Westfalen ebenfalls ein bedeutendes Rennen gewinnen konnte. Frhr. S. A. v. Oppenheim führt in der Liste der erfolgreichen Flachrennställe mit 659 410 Mark vor dem Stall Weinberg mit 655 300 Mark. Mit weitem Abstand folgen L. Lewin mit 440 940 Mark, Gestüt Weil mit 374 485 Mark, Gestüt Mydlinghoven mit 253 250 Mark, H. v. Opel mit 249 555 Mark und R. Henkel mit 216 180 Mark.

Schüler-Saaleregatta

am Sonntag, den 17. Juli.

Die Vereinigung der Rudervereine der Halleschen höheren Schulen veranstaltet am Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 3 Uhr auf der Saale bei Bad Neuragoczy ihre diesjährige Regatta. Zu den Rennen sind zahlreiche Meldungen, auch von auswärts, eingelaufen, so daß spannende Kämpfe zu erwarten sind. Das Programm der Regatta ist folgendes:

Rennen 1. Stadt-Halle-Vierer.
1. Ruderverein am Reformrealgymnasium Halle. 2. Ruderverein an der städtischen Oberrealschule Halle.

Rennen 2. Gast-Vierer.
1. Thomanerruderverein Leipzig. 2. Ruderverein am Reformrealgymnasium Naumburg. 3. Gymnasial-Schülerabteilung am Dessauer Ruderklub. 4. Oberrealschülerabteilung vom Dessauer Ruderverein.

Rennen 3. Alter-Herren-Vierer.
1. Ruderverein an der städtischen Oberrealschule Halle. 2. Ruderverein am Stadtgymnasium Halle. 3. Ruderverein am Reformrealgymnasium Halle.

Rennen 4. Anfänger-Vierer.
1. Ruderverein am Reformrealgymnasium Halle. 2. Ruderverein an der Latina Halle.

Rennen 5. Junior-Vierer.
1. Gymnasialabteilung vom Dessauer Ruderklub. 2. Oberrealschülerabteilung am Dessauer Ruderverein. 3. Ruderverein an der städtischen Oberrealschule Halle. 4. Ruderverein am Reformrealgymnasium Naumburg.

Rennen 6. Alter-Herren-Doppelzweier.
1. Ruderverein am Stadtgymnasium Halle. 2. Ruderverein an der Latina Halle. 3. Ruderverein an der städtischen Oberrealschule Halle.

Rennen 7. Anfänger-Vierer.
1. Ruderverein am Reformrealgymnasium Halle. 2. Ruderverein an der Latina Halle. 3. Ruderverein an der städtischen Oberrealschule Halle. 4. Ruderverein vom Stadtgymnasium Halle.

Rennen 8. Riemen-Zweier.
1. Ruderverein am Reformrealgymnasium Halle. 2. Ruderverein an der städtischen Oberrealschule Halle. 3. Thomanerruderverein Leipzig.

Rennen 9. Alter-Herren-Achter.
1. Städtische Oberrealschule Halle (fällt aus).

Rennen 10. Zweier der Studienanstalt.
2 Boote.

Rennen 11. Großer Doppelzweier.
1. Ruderverein am Reformrealgymnasium Halle. 2. Weser, Szarbinowski (außer Konkurrenz).

Rennen 12. Schüler-Achter.
1. Gymnasialruderverein Merseburg. 2. Ruderverein an der städtischen Oberrealschule Halle.

Der Besuch kann im Interesse der Jugendpflege und Schülersportbewegung empfohlen werden. Die Dampfer fahren ab Peißnitzbrücke pünktlich 9 Uhr vormittags, 1 Uhr und ¼4 Uhr.

Volkswirtschaftlicher Teil

Häute — Leder — Schuhe

Die Aufwärtsbewegung für alle Gattungen Häute und Felle, die nun schon seit Monaten anhält, scheint auch in diesem Monat noch nicht zum Stillstand zu kommen. Nach wie vor ist die Tendenz fest und die letzten Auktionen brachten erneute Erhöhungen, insbesondere für Großviehhäute und Roßhäute; Kalb- und Schaffelle wurden meistens zu Junipreisen aus dem Markt genommen. Diese lebhafte Kauflust für Rohware mag einerseits durch die gute Beschäftigung in der lederverarbeitenden Industrie, insbesondere der Schuhindustrie, andererseits aber auch dadurch begründet erscheinen, daß die Käufer am Ledermarkt den höheren Forderungen der Gerber nicht mehr solchen Widerstand leisten, wie es noch vor Wochen der Fall war. Wie rapide die Preise für Rohware in den letzten Wochen wieder gestiegen sind, geht aus der nachstehenden Statistik hervor, und zwar kosteten im

	April	Mai	Juni	
Großviehhäute	7–12 M	8–13 M	8–15 M	per Pfund.
Kalbfelle	9–12 M	11–15 M	11–16 M	„
Schaffelle	4–5 M	4.50–6.50 M	4.50–7.25 M	„
Roßhäute	142–230 M	181–259 M	227–319 M	per Stück.

Für norddeutsche Ware und für süddeutsche Ware entsprechend mehr.

Am Ledermarkt ist die Kauflust wesentlich reger geworden und die Käufer haben ihre Zurückhaltung gegenüber den höheren Forderungen der Gerber aufgegeben. Die Preise bewegten sich denn auch bereits eine Kleinigkeit nach oben, und zwar kosteten im

	Juni	Juli	
Sohlleder in Hälften	55–60 M	58–65 M	per 1 Kilogramm.
Sohlleder in Kernstücken	82–86 M	85–92 M	per „
Borcall, schwarz	19–23 M	20–25 M	per 1 Quadratfuß.
Borcall, farbig	30–35 M	30–35 M	per „

für Großhandelspreise aus erster Hand für erste Sortimente.

In der Schuhindustrie sind die Aussichten für das Herbstgeschäft zuversichtlich, ob man aber auch hier mit erhöhten Forderungen in Käufer- und Händlerkreisen Anklang finden wird, bleibt abzuwarten.

Erhöhung der Zinkblechpreise. Der Zinkblechverband erhöhte seinen Preis am 11. Juli von 900 auf 925 Mark für 100 Kilogramm.

Neue Aktiengesellschaft. In Berlin W. 66 hat sich mit einem Kapital von 2 Millionen Mark die „Naukgummi-Aktiengesellschaft" gegründet. Der Zweck der Gesellschaft als Inhaberin von 14 Naukgummi-Patenten in allen Kulturstaaten ist die Fabrikation und der Vertrieb von Naukgummi-Autoreifen. Die deutsche Gründung des Naukgummi, der vermöge seiner Undurchdringlichkeit und längeren Lebensdauer sowie der Gleitschutzfähigkeit alle bisher fabrizierten Automobilreifen übertrifft, dürfte als epochemachende, praktische Neuheit eine Umwälzung in der Automobil-Industrie bedeuten. Daß es gerade Deutschland ist, welches jetzt wieder eine der ganzen Welt zu gute kommende Erfindung bringt, dürfte um so beachtenswerter sein, als alle Versuche der Entente, den deutschen Unternehmungsgeist zu knebeln und die deutsche Handelswirtschaft auszuschalten, uns den Willen zum Wiederaufbau nicht nehmen können.

Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. Busch in Bautzen. Die Beschäftigung des Werkes ist laut Prospekt über 6 Mill. M. Vorzugsaktien in allen Abteilungen zufriedenstellend. Unter Berücksichtigung des aus dem Verkauf der Aktien der A.-G. für Eisenbedarf in Weimar erzielten Buchgewinnes dürfte das Ergebnis des laufenden Jahres das des Vorjahres nicht unwesentlich übertreffen (i. V. 30 Proz. auf 6,49 Mill. M. Vorzugs- und 25 Proz. Dividende auf 9 Mill. M. Stammaktien.).

*

* **Elbschiffahrt.** Am 11. Juli traf Kahn Nr. 2895 in Aken ein.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Berlin, 12. Juli. Nachdem vormittags die Devisenkurse infolge der erneuten Verschlechterung der Markvaluta merkliche Steigerungen erfahren hatten, trat hierin zu Beginn der Börse auf unkontrollierbare Gerüchte von einem angeblichen neuen holländischen Milliardenkredit ein Rückschlag ein namentlich für Dollars und holländische Gulden. Dies gab der berufsmäßigen Börsenspekulation, die durch die gestrigen überhasteten Steigerungen ohnehin etwas ängstlich geworden war, vermehrten Anlaß zu Realisationen. Infolgedessen erfuhren im Großverkehr die meisten Papiere Kursrückgänge von 5 bis vereinzelt 10 Proz., für Phönix, Goldschmidt, Augsburg-Nürnberger Maschinen, Stettiner Vulkanaktien sogar bis 30 Proz. Daneben aber waren auch weitere Kurssteigerungen, wie bei Bismarckhütte, Bochumer Gußstahl, Zellstoff Waldhoff, Linke-Hoffmann bis zu 10 Prozent zu verzeichnen. Das Geschäft hatte dabei gegen gestern eine wesentliche Einschränkung erfahren. Von geringfügigen Erholungen abgesehen, senkte sich der Kursstand im Verlaufe mäßig weiter, da die Börsenspekulation mit ihren Glattstellungen fortfuhr, zumal das eingangs erwähnte Gerücht durch Verlautbarung der Reichsbank Bestätigung erfuhr. Vom Privatpublikum aber lagen zumeist noch weitere Kaufaufträge vor, was besonders von zu Einheitskursen gehandelten Industriewerten gilt. Heimische Rentenwerte verzeichneten teilweise leichte Kurserholungen. Die Kursfeststellung am Industriemarkte verzögerte sich wiederum, wenn auch nicht so erheblich wie gestern, und Kurserhöhungen überwogen aus eingangs erwähntem Grunde. Immerhin war auch hier die Grundstimmung unsicherer bei einzelnen Rückgängen, da die Börsenspekulation auch hier realisierte.

Geld- und Wechselmarkt. Der Zinssatz für tägliches Geld hält sich auf 4¼ Proz., Geld auf lange Fristen ist teuer und schwer erhältlich. — Am Wechselmarkt folgte der vorgestrigen stürmischen Aufwärtsbewegung ein kräftiger Rückschlag. Den Anlaß bot die Kreditgewährung Hollands an Deutschland. — Im freien Verkehr wurden Holland zu 2475, London zu 282, Paris zu 606, Kabel Neuyork zu 77½ gehandelt. Von den fremden Banknoten wichen Dollarnoten auf 77¼ bis 75¾, während Kosciuskonoten bei lleinem Geschäft sich unverändert auf 4⅜ stellten. Oesterreichische Noten 10½, Rumänische Lei 110½. — Der Kurs der Mark war gestern vormittag in Amsterdam 3,99, Zürich 7,72½, Kopenhagen 7,97½, Stockholm 6. — Ferner wurden uns von der Londoner Börse (12 Uhr mittags) folgende Kurse gemeldet: Berlin 286,75, Paris 46,83, Amsterdam 11,39, Neuyork 3,63, Stockholm 17,10.

Devisen-Notierungen Berlin, 12. Juli:

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	2447,55	2452,45	Paris	599,40	600,60
Brüss.-Antwerp.	589,90	590,80	Schweiz	1268,70	1271,30
Christiania	1038,95	1041,05	Spanien	964,—	966,—
Kopenhagen	1222,75	1226,25	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	1623,35	1626,65	Oesterr. abgest.	10,13	10,17
Helsingfors	128,85	129,15	Prag	100,10	100,40
Italien	351,60	352,40	Budapest	27,72	27,78
London	279,20	279,80	Poln. Mark	—,—	—,—
New-York	76,72	76,98			

Produktenbericht. Berlin, 12. Juli. Am Produktenmarkt war heute das Geschäft bei vorsichtig gewordener Kauflust ruhig, wobei aber der Preisstand nicht nennenswert verändert war. Für Mais- und Mais-Bezugsscheine ging die Preisbildung teilweise erheblich auseinander. Für Hülsenfrüchte bleibt auf knappes Angebot die Tendenz andauernd sehr fest, dagegen für Raps und Rüben schwach. Die Heupreise haben sich in den letzten Tagen nicht unwesentlich erhöht. In neuer Wintergerste zeigt sich reichliches Angebot. Man hört, daß in den Provinzen bis zu 170 M. als Preis hierfür gefordert werden.

Berliner Produktenmarktpreise.
Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	12. Juli	11. Juli
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	170–193	165–190
„ kleine	—	—
Futtererbsen	140–155	140–152
Linsen	—	—
Peluschken	125–136	120–135
Ackerbohnen	135–150	130–145
Wicken	115–120	105–125
Lupinen, blaue	50–62	50–60
„ gelbe	60–80	60–78
Seradella, alte	—	—
„ neue	60–70	58–65
Vicia villosa	—	—
Raps	260–265	255–263
Raps neuer Ernte Juli/August	260–265	258–263
Rübsen	—	—
Leinsaat	230–260	230–260
Mohn	—	—
Senfsaat	—	—
Hirse, in- u. ausländische	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	78–80	72–77
Torfmelasse	60–62	60–62
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	33–36	31–32
Kleeheu	41–43	40–42
Stroh, drahtgepreßt	18–20	18–20
„ gebündelt	17–18	17–19
Roggen-Langstroh	21	21
Runkelrüben	—	—
Möhren, rote	—	—
„ gelbe und weiße	—	—
Mais, loko Hamburg-Bremen	139–142	150
„ per Juli/August	139	136–137

Leipziger Notierungen. Leipzig, den 12. Juli.

Chemnitzer Bank-verein	—,—	Leipziger Malzfabrik	400,—
Leipziger Hypotheken-Bank	144,00	Mansfelder Kuxe	5000,—
Mitteldeutsche Privatbank	207,—	Oelsnitzer Kuxe	780,—
Crölliwitzer Papierf.	—,—	Pittler, Leipzig	460,00
Glauzniger Zuckerfbr.	760,—	Prehlitzer Stamm-A.	—,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	5,25	„ Prioritäts-Akt.	—,—
Hallesche Zuckerraff.	474,75	Riebeckbier „	308,50
Portland-Zement	206,00	do. Vorzugsaktien	115,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	378,00	Rositzer Zuckerfabr.	499,—
Körbisdorfer Zukerf.	—,—	Rudelsburger Zementfabrik	305,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	590,—	Sachsenwerk	313,—
		Sondermann & Stier	295,50
		Stöhr & Co.	826,—
		Zimmermann, Halle	235,—
		Zimmermann, Chemnitz	515,—

Berliner Metallnotierungen:
Berlin, 12. Juli. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer	99–99,3 % 1825/—	Zinn (Banca-Straits-Australi	—/4925 —/4850 —/4880
Orig.-Hütten-Weichblei	—/700	Hüttenzinn(mind.99%)	4650
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	—/810	Reinnickel (98-99%)	—/4250
Remelted-Platten-Zink	—/540	Antimon (Regulus)	—/750
Orig.-Hütten-Alumin. (in gekerbten Blöckchen)	98–99% 2900	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	/1340
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtwaren)	2900	Elektrolytkupfer p. 100 kg ab oberschl. Hütte	2304 / 780/790
		Original-Hütten-Rohzink	

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt

Deutsche Werte		Deutsch Treuhand-Ges	—,—
4 % Deutsche Schatzscheine VI–IX	78,10	Deutsche Erdöl	—,—
5 % Deutsche Reichsanl.	77,50	Deutsche Gasglühl.	—,—
4 „ „	79,40	Deutsche Kali	—,—
3½ „ „	69,50	Deutsche Waff. u. Mun.	586,—
3 „ „	76,62	Donnersmarkhütte	—,—
4 Preuss. Konsols	69,88	Döring u. Lehrmann	875,—
3½ „ „	60,12	Dürkoppwerke	—,—
3 „ „	56,25	Elberfelder Farben	—,—
4 Charl. Stadtanl. 89/99	69,50	Engelhard Brauerei	407,25
4 Magdeb. Stadtanl. 01/05	—,—	Feiten u. Guillaume	—,—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	98,—	Gasmotoren Deutz	—,—
3½ Sächs. Neulandsch.-Pf.	—,—	Gebhardt u. Co.	—,—
3 „ „	—,—	Gebhardt u. König	—,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	87,50	Geisenkirch. Bergb.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	92,—	Glanziger Zuckerfbr.	750,—
4% Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Hallesche Masch.-Fabr.	—,—
4 „ „	—,—	Hanm. Masch.	—,—
Ausländ. Werte		Harpener Berg	—,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	23,75	Hasper Eisen	—,—
4 Ungar. Gold-Rente	57,—	Hirsch Kupfer	—,—
4 Ungar. Kronen-Rente	29,90	Höchster Farbw.	—,—
Eisenbahn-Aktien:		Hoesch Eisen u. Stahl	—,—
Halberstadt-Blankenb.	—,—	Hohenlohe-Werke	—,—
Halle-Hettstedter	—,—	Humboldt-Masch.	—,—
Schaumburg-Lippe	—,—	Ilse-Bergbau	—,—
Allg. Lokal-Str	—,—	Kahla-Porzellan	794,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Kallw. Aschersleben	249,50
Lux. Prinz Heinrich-B.	461,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Gr. Berl. Str.	—,—	Kyffhäuserhütte	—,—
Schiffahrts-Akt.:		Lahmeyer u. Co.	—,—
Hambg. Paketfahrt	—,—	Lauchhammer	—,—
Hambg.-Südamerika	—,—	Laurahütte	—,—
Hansa-Dampfschiff	—,—	Lingel, Erfurt	—,—
Nordd. Lloyd	—,—	Linke u. Hofmann	—,—
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	472,—
Bank für Thür.	—,—	Lothringer Hütte	—,—
Berl. Handelsges.	221,00	Mannesmannröhren	—,—
Comm u. Diskontobank	202,—	Maschinenfabr. Buckau	—,—
Darmstädter Bank	171,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	—,—
Dess. Landesbank	151,—	do. Caro Heg.	—,—
Deutsche Bank	2 2,00	do. Kokswerke	—,—
Diskonto-Comm.	280,—	Orenstein u. Koppel	—,—
Dresdner Bank	214,50	Phönix-Bergb.	—,—
Credit-Anst. Leipzig	193,—	Rhein. Metall-Vorz.	—,—
Mitteld. Kreditbank	166,—	Rhein. Stahlwerke	—,—
„ Privat-Bank	—,—	Riebeck. Montan	538,—
Nationalbank	138,—	Rombacher Hütten	—,—
Oesterr. Kredit	61,75	Rositzer Braunk.	530,—
Reichsbank	147,25	Rositzer Zucker	590,—
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	1130,—
Schultheiss-Brauerei	495,—	Hugo Schneider u. Co.	385,—
Akt. f. Anilin	344,—	Schuckert u. Co.	—,—
Aktien Brauerei	319,37	Siemens u. Halske	—,—
Ammendorfer Papierf.	811,—	Stettiner Chamotte	—,—
Anhalter Kohlenw.	—,—	Stettiner Vulkan	—,—
Annaburger Steingut	—,—	Stollberger Zinkh.	660,—
Badische Anilin	409,—	Strals. Spielkarten	1026,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	—,—	„Terra", Samen-A.-G.	—,—
Berl. Masch.-Bau	—,—	Thale-Eisenhütte	—,—
Bismarckhütte	—,—	Triptis-Akt.-Ges.	440,00
Bochumer Gußstahl	—,—	Türkische Tabakregie	1215,—
Chem. Fabrik Buckau	475,—	Ver. Köln-Rottweiler	—,—
Chem. Griesheim	343,50	Glanzstoff Elberf.	1090,—
Chem. v. Heyden	—,—	Wegelin u. Hübner	—,—
Consolidation Schalke	1010,—	Wersch-Weissenf. Brk.	689,—
Crölliwitzer Papierfabr	—,—	Westeregeln-Alkali	—,—
Daimler-Motoren	—,—	Wittener Gußstahl	—,—
Deutsch-Luxemburg	—,—	Wrede-Malzerei	—,—
		Zeitzer Masch.	1290,—
		Zellstoff Waldhof	—,—
		Otavi-Minen	—,—

Tendenz: unentschied.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: i. V. Ernst Meisterschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz und Sport: Hans Heiling; für den lokalen Teil und Kommunalpolitik: Erich Sellheim; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung i. V. Lothar Heberer. — Für den Anzeigenteil: Paul Kerst.
Sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192107131-16/fragment/page=0004